

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 58 (1964)

Heft: 7-8

Artikel: Weltrundschau : Amerika kriegsbereit! ; Der Kampf um Südostasien ; Imperialisten-Dämmerung ; Was bereitet sich in Lateinamerika vor? ; Die "dritte Kraft" erstarkt ; Sowjetunion - Ägypten - Israel ; Bonn in der Sackgasse ; Der Ausweg ; Nachtrag

Autor: Kramer, Hugo

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140910>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Susman die Gabe besitzt, die besondere geistige Veranlagung eines Menschen zu erkennen.

In ihren Jugendjahren erleben wir vor allem die Dichterin, die sich getragen fühlte von einem innern Strömen, das Ausdruck in Gedichten fand. Diese Zeit des Werdens war wie ein Traum, in dem Dichtung und Wahrheit ineinander übergingen, verbunden mit einem blinden Glauben an die Menschen und ein Unvermögen, das Böse zu erkennen, was ihr sehr zu schaffen machte. Sie deutet es dahin, daß sie vielleicht die Angst fürchtete, die mit dem Wissen um das Böse unzertrennlich verbunden ist, und so war ihr das Vertrauen zu den Menschen wie eine schützende Hülle. Das Schreckliche wird in ihrer Dichtersprache und Vorstellungskraft greifbar wie im Märchen, wo das Urböse in einer Gestalt sichtbar wird. Doch geht es im Leben der Dichterin manchmal auch wie im guten Märchen zu. Unerwartet köstliche Erlebnisse sind verbunden mit schönen Erinnerungen von der Natur, der sie zutiefst verbunden ist.

Ihr Leben geht nun dem Ende zu. Sie nennt jetzt die Welt ihre Heimat. Ihr zugetane Menschen verschaffen ihr die Ruhe, um, wie sie sagt, das Grunderlebnis des Alters zu haben, nämlich das Lauschen in das dunkelnde Leben, denn, so sagt die Dichterin, die Sprache des Alters ist das Schweigen und das Sich-Rechenschaft-Geben über das Ganze seines Lebens. Und noch einmal wird die Frage gestellt, was ist denn eigentlich das Leben? Sie führt Teilhard de Chardin, den großen französischen Gelehrten, an, der sagt: «Es ist das schwere, nur dem Menschen bekannte Angstgefühl eines Bewußtseins, das in einem dunkeln Universum zum Denken erwacht.» Wie kommt dieses Denken, das sich sonst nirgends im Universum befindet, in das winzige sterbliche Menschenleben, philosophiert die Denkerin weiter? Allerletzte Fragen werden noch einmal berührt, im besondern die nach dem Lebensabend. Der Schwermut, die versuchte, in dieses Leben einzudringen, wird der Eingang verwehrt. Margarete Susman sagt, sie kenne kein tröstenderes, segnenderes Wort als das eines Gelehrten, der sich in einer furchtbaren Schicksalstunde das Leben nahm und noch zuletzt an einen Freund schrieb: «Gut ist es, nicht zu fürchten, sondern zähe zu streiten; jeder kleinsten Schritt ist dann wertvolle Aufbauarbeit und bringt irgendwie Segen für jeden Tropfen Qual. Ich weiß das so sicher, als wenn ich es aus dem Mund einer göttlichen Erscheinung gehört hätte. Ich sehe es doch an den Augen und Falten alter Gesichter und in der Schönheit alter Bäume, und große Musik erzählt es mit mathematischer Überzeugungskraft.» Margarete Susman schließt ihre Erinnerungen mit dem Bibelwort: «Des Menschen Leben währet siebzig Jahre — und wenn es hoch kommt, achtzig Jahre ... Und wenn es köstlich gewesen ist, dann ist es Mühe und Arbeit gewesen», und ihr scheint, als ob ein solches Leben ihr Teil gewesen sei.

H. Ks.

WELTRUNDSCHAU

Amerika kriegsbereit! Zu Beginn unserer letzten Weltrundschau sprachen wir wieder einmal den Wunsch aus, es möge doch endlich kräftige Bewegung in die Weltpolitik kommen, damit die gegenwärtige Starre überwunden werde und die so dringend nötige Lösung der großen Lebensfragen der Völker in Sicht komme. Das Juniheft war aber noch nicht in den Händen der Leser, da gab es schon einen unerwarteten scharfen Ruck — aber nicht zum Guten, sondern zum Bösen, in der Richtung nicht zum

Frieden, sondern eher zum Krieg, und zwar zu einem sehr nahe drohenden. Eine große amerikanische Zeitung überschrieb die Meldung, daß der oberste Stabschef der Wehrmacht der Vereinigten Staaten, *General Taylor*, zum Botschafter (!) in *Südvietnam* ernannt worden sei, auf ihrer Titelseite geradezu mit dem (erschreckten oder erleichterten?) Ausruf: «*Ready for Asian War*», «*Bereit zum Asienkrieg*»!

Und die Meldung war auch wirklich schwerwiegend genug. Das also war in Wahrheit das Ergebnis des Kriegsrates von Honolulu gewesen, von dem man zuerst angenommen hatte, er habe im Gegenteil beschlossen, daß der Krieg in Südviетnam *nicht* nach Norden hin ausgeweitet werden solle! In Wirklichkeit haben für die Regierung der Vereinigten Staaten in Südostasien die *militärischen Notwendigkeiten* das entscheidende Gewicht bekommen; darum mußte jetzt der Generalstabschef der vereinigten amerikanischen Streitkräfte das Heft in die Hand nehmen, bereit, den «schmutzigen Krieg», den die USA in Südviệtnam führen, auf breiter Front ins eigentliche Feindesland zu tragen und so Südost- und Südasien endgültig «vor dem Hineingleiten ins kommunistische Lager zu retten». Zu den 16 000 «Militärberatern» hinzu, die schon jetzt in Südviệtnam stehen, sind nach amerikanischen Angaben 200 000 Infanteristen, Marinesoldaten und Flieger westlich von Alaska zum Zweck des Einsatzes in Vietnam und Laos zusammengezogen worden. «Man vernimmt plötzlich», so läßt sich die «Neue Zürcher Zeitung» melden, «von fünf Flugstützpunkten in Südviệtnam, die seit einiger Zeit ausgebaut worden seien, und man hört, daß vorgeschoßene schwimmende Materialdepots von philippinischen Häfen oder von Okinawa aus in Richtung Südostasien in See gestochen sind — daß also mit andern Worten die Bereitstellung des schweren Rüstungsmaterials, der Munition und der Vorräte für Truppen begonnen hat, die über eine Luftbrücke von Okinawa oder Hawaii an den gewünschten Ort geflogen werden können.» (Nr. 2746.)

Natürlich versichert Präsident Johnson wieder einmal treuherzig, ihm sei von einer Ausweitung des Krieges auf Nordviệtnam nichts bekannt; es handle sich vorerst lediglich um eine letzte Warnung an Peking und Hanoi, ihre Angriffshandlungen fortzusetzen, um die Bekundung der unerschütterlichen Entschlossenheit der Vereinigten Staaten, Südostasien um jeden Preis der «freien Welt» zu erhalten. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß die Washingtoner Regierung nun doch nicht davor zurückschrecken will, den *offenen Krieg mit Nordviệtnam* — und das heißt auch mit China — zu eröffnen, falls sich Ho Chi-min und Mao durch die amerikanische Drohung nicht einschüchtern lassen sollten. Und wenn man weiß, mit welcher Eigengesetzlichkeit so weit vorgetriebene militärische Rüstungen den Krieg gerade herbeizwingen, den sie angeblich verhindern sollen, dann muß man sich auf böse Dinge in Südostasien und darüber hinaus ge-

faßt machen. Dies um so mehr, als man in der amerikanischen Presse lesen konnte, die Regierung Johnson werde «ihren Verbündeten nicht erlauben, irgendwelche Kriegsentscheidungen zu beeinflussen, weil Amerikas nationale Sicherheitsinteressen zu wichtig sind, als daß sie von anderen beeinflußt werden dürften».

Der Kampf um Südostasien Man kann die Lage, die in Südvietnam (und Laos) durch die jüngsten amerikanischen Beschlüsse geschaffen ist, nur richtig würdigen, wenn man sie in den größeren Zusammenhang des Ringens um Südostasien insgesamt hineinstellt. Südostasien ist ja längst *ein lockender Kampfpreis* für die verschiedenen westmächtlichen Imperialismen geworden. Mit seinen über 200 Millionen Einwohnern ist es vor allem ein zukunftsreicher Wirtschaftsraum für das «freie Unternehmertum». Schon jetzt liefert es auf den Weltmarkt riesige Mengen Zinn, Gummi, Erdöl, Kopra, Zucker und Gewürze, die alle mit billigen Arbeitskräften gewonnen werden und hohe Preise erzielen. Die Unterdrückung der nationalen Freiheitsbewegung in Malaya hat den britischen Kapitalgesellschaften Anlagen im Wert von einer halben Milliarde Dollar gesichert; einzelne Zinnunternehmungen haben Jahresdividenden von 400 Prozent erzielt. Auf den Philippinen, die eine Halbkolonie der Vereinigten Staaten geblieben sind, ging es bei dem erfolgreichen Kampf gegen die Freiheitsbewegung der Huk tatsächlich um den Schutz von Kapitalanlagen in der Höhe von über 400 Millionen Dollar. Die Philippinen sind für die USA aber auch unschätzbar als militärische Hauptstützpunkte im Stillen Ozean; anderseits schützt der britische Stützpunkt Singapur nicht nur die Zinnbergwerke und Gummipflanzungen in Malaya, sondern dient auch den britischen Interessen in Indien und Australien.

Als die französische Kolonialherrschaft in Indochina 1954 zusammenbrach, rückten bald die Amerikaner in diesen «Leerraum» ein. Dabei ging und geht es ihnen nicht nur um die Festhaltung von Vietnam, Laos und Kambodscha als wirtschaftliche Betätigungsgebiete, sondern noch mehr um die Sicherung ihrer Machtstellung in Südost- und Südasien überhaupt, entsprechend ihrer Auffassung, daß der Verlust einer einzigen wichtigeren Stellung in diesem Raum der Reihe nach auch alle anderen Stellungen zu Fall bringen werde, wie bei einem Dominospiel. Die Südostasiatische Vertragsorganisation (SEATO), der unter amerikanischem Schutz und Schirm Großbritannien, Frankreich, Australien, Neuseeland, dazu Pakistan und Thailand (Siam) angehören, hatte darum die Aufgabe, eine solche Kettenreaktion (um ein anderes Bild zu gebrauchen) zu verhüten und dem Kommunismus (mit dem man alle sozialen und nationalen Freiheitsbewegungen gleichsetzte) ein unübersteigbares Hindernis in den Weg zu legen.

Im Namen des «Auftrags», den die Vereinigten Staaten aus ihrer Schirmherrschaft über die SEATO ableiteten, haben sie nun seit Jahren in Laos und Südvietnam politisch wie militärisch eingegriffen und suchten es auch in Kambodscha zu tun. Wie weit sie es damit in Südvietnam gebracht haben, ist in unserer Zeitschrift fortlaufend dargestellt worden. Ueber Laos seien immerhin ein paar Tatsachen in Erinnerung gerufen. Die unverdächtige Washingtoner Wochenschrift «US News & World Report» (18. 6.) gibt gelassen zu: «Die Vereinigten Staaten nahmen sich vor, Laos zu einem antikommunistischen Bollwerk zu machen. Diese Episode endete damit, daß die USA eine ‚neutralisierte‘ Koalitionsregierung unterstützen, die aber immer noch nicht richtig arbeitet. Die Vereinigten Staaten bezahlen einen großen Teil der laotischen Staatsrechnungen, wissen sie doch, daß die Kommunisten jederzeit das ganze Land an sich reißen könnten.» Um sicher zu gehen, stellten sich dann die Amerikaner, nach etwelchem Zögern, auch hinter die reaktionären «Generale», die im vergangenen April wieder einmal die neutralistische Regierung stürzten und die Linke, den Pathet Lao, aus der Regierung verdrängten. Die Folge war, daß sich die Linksgruppen, die der Unterstützung durch die Volksmehrheit sicher sind, mit der Waffe in der Hand zur Wehr setzen und nun Dreiviertel des Landes beherrschen. Das sind die «Angriffshandlungen», deren man in Washington die Kommunisten beschuldigt, und die einzustellen die laotischen Widerstandskämpfer durch die Drohung mit massivem Einsatz amerikanischer Streitkräfte gezwungen werden sollen!

Die Engländer halten sich gegenüber all diesen amerikanischen Unternehmungen bemerkenswert zurück. Sie haben Malaya nicht der SEATO beitreten lassen, dafür aber den neuen Bundesstaat Malaysia gründen helfen, dem außer Malaya und Singapur auch Sarawak und Sabah (beides ehemalige britische Kolonien in Nordborneo) angehören. Das ölreiche Brunei, zwischen Sarawak und Sabah eingekleilt, blieb «neutral». Das brachte aber nun Indonesien auf den Plan, das schon durch die SEATO ins kolonialgegnerische Lager gedrängt worden war. Zusammen mit den Philippinen brach Indonesien die Beziehungen zu Malaysia ab, und seither sind alle Bemühungen vergeblich gewesen, es mit dem jungen Staatsgebilde zu versöhnen, das heißt also Indonesien in den Einflußbereich des britischen und des amerikanischen Imperialismus zu bringen. Dies obwohl die Regierung Sukarno im Innern ihres Landes eine scharf antikommunistische Politik betreibt. Aber die Interessen des indonesischen Bürgertums weisen auch den sehr ehr-süchtigen und diktatorischen Sukarno auf die Bahn des Kampfes gegen die Kolonialmächte insgesamt und lassen ihn ausgedehnte Waffen- und Wirtschaftshilfe sogar von der Sowjetunion annehmen. Bei seinem kürzlichen Besuch in Dschakarta versicherte Mikojan als Stellvertreter Chruschtschews ausdrücklich, die Sowjetunion werde Indonesien für seinen Kampf gegen Malaysia modernste Waffen liefern,

die den Waffen der britischen Truppen weit überlegen seien. Dazu kommt die starke Stellung, die in Indonesien die Kommunistische Partei mit ihren zweieinhalb Millionen Mitgliedern und sechseinhalb Millionen ebenfalls wohlgeschulten Kandidaten für die Mitgliedschaft innehaltet. Sie ist die einzige wirklich gutorganisierte politische Macht im Land und stellt mit ihren Wirtschaftsunternehmungen, Genossenschaften, Banken und Massenverbänden fast einen Staat im Staate dar. Bei einer entscheidenden Kraftprobe zwischen der indonesischen Armee und der Kommunistischen Partei wäre es mindestens fraglich, wer obenaufschwingen würde.

Imperialisten-Dämmerung Am meisten Besorgnis macht indessen den Engländern und Amerikanern die «Arbeitsteilung» zwischen Indonesien und China. «Mehr und mehr schaut es so aus», berichtet ein Korrespondent von «US News & World Report» (18. 5.), «als würden Indonesien und Rotchina Achsenpartner — wenn nicht dem Namen nach, so doch tatsächlich — in ihrem Quetschmanöver gegen die Vereinigten Staaten und Großbritannien in Südostasien. An der Nordflanke lenkt Rotchina die Bewegungen hinter einem Schild örtlicher Kleinkriege und der kommunistischen Armee von Nordvietnam. Mao Tse-tungs Fernziel ist, die USA aus dem asiatischen Festland zu verjagen, aus Südvietnam, Kambodscha, Laos und zuletzt Thailand. Sukarno in Indonesien befiehlt die Südflanke. Sein Ziel ist, die Engländer zu zwingen, ihre Militärstützpunkte in Malaysia, eingeschlossen Singapur, aufzugeben und schließlich ihre dortigen Wirtschaftsinteressen zu opfern ... Weder Rotchina noch Indonesien wollen einen allgemeinen Krieg gegen die Westmächte. Sie rechnen vielmehr mit einem monate-, ja jahrelangen langwierigen und unentschiedenen Zermürbungskampf mit dem Westen ... Sukarno ist immerhin unmittelbarer in den Kampf hineingezogen. Indonesische Armee-, Freiwillige sind auf dem Boden Malaysias getötet und gefangengenommen worden ... Sukarnos Pläne hängen auf weitere Sicht in hohem Maß davon ab, daß er unzufriedene malaysische Bürger, von denen viele kommunistenfreundliche Übersee-Chinesen sind, für einen Aufstand anzuwerben vermag.»

Der Korrespondent beklagt es bitter, daß weder die Vereinigten Staaten noch Großbritannien dem auf sie ausgeübten doppelten Druck zu widerstehen und die Ereignisse zu beherrschen imstande oder gewillt seien. «Die Vereinigten Staaten, die größte Atommacht der Welt, haben in Asien Waffen, die sowohl in das kommunistische Nordvietnam als in Rotchina eindringen könnten. England vermöchte mit V-Bombern und Düsenjägern Indonesiens Luftwaffe schnell auszuradieren und seine Flotte lahmzulegen. Und doch haben weder Großbritannien noch die Vereinigten Staaten irgendwelche Absicht gezeigt, von ihren militärischen Muskeln Gebrauch zu machen.»

«Dem Mann kann geholfen werden», möchte man sagen, wenn man sich an die Stelle der nun so tatkundigen gewordenen amerikanischen Staatslenker versetzt. Wieder einmal sind es die *Militärführer*, in Verbindung mit den Leitern des *Geheimdienstes*, die in Washington die Oberhand gewonnen haben. David Wesley stellt im «*National Guardian*» (Neuyork, 20. Juli) vollkommen mit Recht fest, daß es in den Vereinigten Staaten in Wahrheit zwei Regierungen gebe, die offen gewählte, mit dem Präsidenten an der Spitze, und die erst nachträglich ernannte und mehr im Hintergrund wirkende der Wehrmachtführer und der Beherrschende des geheimen Nachrichten- und Wühldienstes. Er erinnert daran, daß wie in der Kubaangelegenheit, so besonders auch in bezug auf Südostasien die Zivilregierung von den Militärs und vom Geheimdienst immer wieder zu einem verhängnisvollen Handeln gedrängt oder überhaupt auf die Seite geschoben wurde. Besonders in Laos habe die «zweite Regierung» dreimal, im Zusammenhang mit Staatsstichen der Rechtsgruppen, die Politik der nach außen hin allein verantwortlichen amtlichen Regierung durchkreuzt, um die Neutralisierung des Landes unmöglich zu machen und es fest in die Hand der Vereinigten Staaten zu bringen. Die beiden Regierungen seien zwar grundsätzlich im Ziel ihrer Politik einig, und es sei Präsident Truman gewesen, der die später von Eisenhower so sehr beklagte Zusammenarbeit des Militärs mit dem Großkapital in den Dienst seines Kreuzzuges gegen den Kommunismus gestellt habe. Ähnliches gelte von Dulles und Kennedy. Aber nun spiele in der Südostasienfrage die «Nebenregierung» eine besonders verhängnisvolle Rolle und habe auch Johnson dazu gebracht, an die «Verschwörung» der kommunistischen Eroberer in Asien zu glauben, die ein Land nach dem anderen sich zu unterwerfen und die «freie Welt» zu zerstören suchten.

Die Lage stellt sich also der amerikanischen Regierung ähnlich dar wie in der Kubakrise, die auch von den Militärführern und vom Geheimdienst verhängnisvoll dramatisiert wurde, so daß sich Kennedy unter ihrem Druck zum Auftrumpfen mit der Kriegsdrohung «durchrang». Und der Erfolg, den diese Drohung hatte, läßt heute auch Präsident Johnson die Gefahr eines Zusammenstoßes mit China auf die leichte Achsel nehmen, obwohl er auch ein wenig an den Koreakrieg denken sollte, der von Truman ohne vorherige Befragung der Verbündeten Amerikas entfesselt wurde, aber ganz und gar nicht zu dem erhofften zerschmetternden Sieg über die Nordkoreaner und die Chinesen führte. Washington scheint auf jeden Fall entschlossen, seinen Weg «am Rande des Abgrundes» weiterzugehen — was auch kommen möge. Präsident Johnson hat neuerdings (am 27. Juni in Minneapolis) erklärt, «eine Nation, die ihre Freiheit bewahren wolle, müsse bereit sein, das Risiko eines Krieges auf sich zu nehmen, und die Vereinigten Staaten würden vor diesem Risiko nicht zurück-schrecken, falls es sich als unumgänglich erweisen sollte». Und sein Justizminister Robert Kennedy hat auf seiner Deutschlandreise in

Heidelberg mit Anspielung auf Berlin sogar die Bundesrepublik aufgefordert, die USA in ihrem Kampf gegen den Kommunismus in Asien zu unterstützen. «Die Amerikaner kämpfen für Sie. Und wenn in Vietnam unsere Soldaten getötet werden, dann sterben sie für Sie (!). Ich hoffe, Sie in Deutschland werden das verstehen.» Daß diesem Mann sogar in Warschau und Krakau die Volksmassen begeistert jubelten, ist fast nicht begreiflich — aber es wird ihn sicher in seiner Überzeugung bestärkt haben, daß man auch in Mittel- und Osteuropa Amerikas «Freiheitskampf» in Asien billige und mindestens moralisch unterstützte ...

Man kann nun freilich sagen, Präsident Johnson und seine Berater meinten es nicht so ernst; sie hätten sich nur durch den erstaunlichen Erfolg Senator Goldwaters in seiner Bewerbung um die republikanische Präsidentschaftskandidatur dazu verleiten lassen, den «starken Mann» zu spielen und damit den Angriffen ihrer Parteigegner die Spitze abzubrechen. Aber daß die demokratische Regierung damit ein halsbrecherisches Spiel treibt, ist dennoch keine Frage. Sie droht mit einer allfälligen Ausweitung des südvietnamesischen Krieges auf Nordvietnam nur China und vielleicht auch die Sowjetunion herauszu fordern, ohne doch eine vernünftige Aussicht auf Erfolg zu haben. Aber selbst wenn es den Vereinigten Staaten gelingen sollte, die indochinesische Halbinsel zu erobern, wäre das, wie der Londoner «New Statesman» (26. 6.) warnt, ein langwieriges Unternehmen und würde eine Besetzung des ganzen Gebietes auf unabsehbare Zeit nötig machen. «In den Augen fast der gesamten Weltmeinung außerhalb der Vereinigten Staaten würde es ebenso sinnlos wie unsittlich erscheinen und wenig oder keine Unterstützung irgendeines der Hauptverbündeten Amerikas, eingeschlossen England, finden.»

Warum also, so fragt man sich immer wieder, derart handgreifliche Gefahren heraufbeschwören und die Welt an den Rand eines Atomkrieges führen, statt entschlossen den Weg der *Verhandlung* über die Neutralisierung Südostasiens zu beschreiten? Das würde zwar den Verzicht auf eine seit zehn Jahren fortgesetzte Gewalt- und Eitelkeitspolitik bedeuten — aber hat nicht auch Frankreich gerade jetzt vor zehn Jahren eine noch viel länger betriebene Kolonial- und Ruhmpolitik in Indochina aufgeben müssen, obwohl es die militärische Kraftprobe bis zum letzten durchzustehen bereit war und sich dadurch eine um so mehr demütigende, schmerzliche Niederlage zuzog? Der Umstand, daß Frankreich auch heute noch große wirtschaftliche Interessen in Vietnam hat — man redet von einem Besitz im Wert von einer Milliarde Dollar —, nimmt seinem Rat an Amerika, es nicht auch auf einen militärischen Zusammenbruch ankommen zu lassen, nichts von seiner sachlichen Richtigkeit. Die Zeit des westmächtlichen Kolonialismus und Imperialismus geht eben auch in Südostasien ihrem Ende entgegen. Die imperialistische Götterdämmerung ist mit allem

Aufwand militärischer und wirtschaftlicher Machtmittel nicht mehr abzuwenden. Eine neue, eine sozialistische Weltordnung bricht sich unaufhaltsam auch in Asien Bahn. «Der Sozialismus als Gesellschaftssystem hat sich auf so viele Länder ausgebreitet, daß seine Isolierung nicht mehr möglich ist», schreibt Oskar Lange, der polnische Wirtschaftsforscher und Diplomat, in seinem neuen Buch «Entwicklungs-tendenzen der modernen Wirtschaft und Gesellschaft». «Versuche, den Sozialismus zu isolieren, erweisen sich immer mehr als Bumerang, da sie mit einem Verzicht auf höchst bedeutsame Quellen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, ja selbst wissenschaftlichen Fortschritts bezahlt werden müssen. Damit ist auch der ‚Kalte Krieg‘ zum Scheitern verurteilt . . . Nur die konservativen, reaktionären Kräfte, die einen unhaltbaren Status quo aufrechterhalten wollen, treten heute noch für die weitere Aufrüstung ein und spielen mit dem Gedanken eines Kernwaffenkrieges.»

Was bereitet sich in Lateinamerika vor?

Die Regierung Johnson ist für diese ganze Entwicklung freilich gänzlich blind. Sie bekundet das nicht nur in Südostasien, sondern auch in anderen Weltteilen — in Vorderasien, in Afrika und besonders in *Lateinamerika*, das so stark von den kapitalistischen Kräften der Vereinigten Staaten beherrscht wird. Die natürlichen Verbündeten dieser Kräfte sind dabei die einheimischen Grundbesitzer- und Kapitalistenklassen, deren willfährige Sachwalter in den meisten lateinamerikanischen Ländern die Militärführer sind. Allein in den letzten zwei Jahren — seit dem Frühjahr 1962 — sind in sieben lateinamerikanischen Staaten, in Argentinien, Peru, Guatemala, Ecuador, der Dominikanischen Republik, Honduras und zuletzt Brasilien, Militärdiktaturen aufgerichtet worden. Und wenn auch in Argentinien und Peru wieder mehr oder weniger verfassungsmäßige Zustände hergestellt wurden, so stehen doch auch hier die Generale bereit, jederzeit wieder anzugreifen, sobald das zugunsten der besitzenden Oberschicht nötig werden sollte. Und die Vereinigten Staaten werden dem kein ernstes Hindernis mehr in den Weg legen.

Das war in den letzten Jahren nicht immer so. Präsident Kennedy zog aus dem Umschwung in Kuba immerhin die Lehre, daß Lateinamerika für die «freie Wirtschaft» nur gerettet werden könne, wenn eine Art von «liberalem» Kapitalismus, wie er scheinbar in den Vereinigten Staaten besteht, auch dort zur Herrschaft komme, also die überholte alte Gesellschaftsordnung, mit ihren feudalen und kolonialkapitalistischen Lebensformen und ihren militärischen Stützen, grundsätzlich überwunden werde. Seine «Allianz für den Fortschritt», von der an dieser Stelle schon öfter die Rede war, sollte das Werkzeug sein, eine neue soziale Ordnung zu schaffen, mit Auflösung des Großgrundbesitzes, Geld-, Bank- und Steuerreformen, Hebung der Volks-

bildung und der Volkswohlfahrt überhaupt usw. Man weiß, daß dieser Plan gescheitert ist. Die herrschenden Klassen dachten gar nicht daran, ihre auf Ausbeutung des Massenelends beruhende Machtstellung aufzugeben, um dafür so etwas wie eine modern-kapitalistische Wirtschafts- und Staatsform mit demokratischem Aufputz einzutauschen. Kennedys Nachfolger ließ darum den ganzen Plan fallen und legte die Leitung der nordamerikanischen Politik gegenüber Lateinamerika in die Hand eines erprobten Reaktionärs, des früheren USA-Botschafters in Mexiko Thomas Mann. Seitdem haben die Großgrundbesitzer, die Alt- und Neukapitalisten und die Militärführer in den mittel- und südamerikanischen Ländern wieder grünes Licht. Was für kühne Pläne Mann und seine Verbündeten haben, enthüllt die mexikanische Wochenzeitung «Siempre!» in einem aufsehenerregenden Artikel, auf den die Neuyorker «Monthly Review» (Juniheft) nachdrücklich hinweist. Danach soll um jeden Preis ein Weitergreifen der kubanischen Revolution vermieden werden nach folgendem Programm (es scheint Ende 1963 aufgestellt worden zu sein): Januar 1964, Staatsstreich in Uruguay; März-April, Staatsstreich in Brasilien; September-Oktober, Staatsstreich in Chile; November-Dezember, Einkreisung Mexikos (wo dann Präsidentschaftswahlen stattfinden); Dezember-Januar 1965, Staatsstreich in Kuba.

Ob der «Mann-Plan» wirklich besteht und die genannten Fristen festgesetzt sind, mag dahingestellt bleiben. Auf jeden Fall entwickeln sich aber die Dinge in Lateinamerika ungefähr im Sinne des Mannschen Programms. In Uruguay wurde ein Staatsstreich rechtzeitig verhindert, während er in Brasilien prompt durchgeführt wurde. In Chile «droht» für den Herbst die Wahl des Volksfrontkandidaten Allende, so daß die Gegenrevolution ein sichtbares Ziel hätte. Mexiko, das die Regierung Castro anerkannt hat, ist schon längst den Vereinigten Staaten ein Dorn im Auge. Und daß von den USA aus gegen Kuba andauernd gewühlt wird, liegt offen am Tag; daß letztthin Fidel Castros Schwester, Madame Ruiz, aus Kuba geflohen ist und eine Volks-erhebung gegen das Regiment ihres Bruders angekündigt hat, läßt auf Pläne schließen, die schon ziemlich weit gediehen sind. Für einen neuen militärischen Angriff auf Kuba von den Vereinigten Staaten aus wird natürlich bei einem Losschlagen der Gegenrevolutionäre unschwer ein Vorwand zu finden sein.

Inzwischen sucht sich die Militärdiktatur in Brasilien auf jede Art zu befestigen. General Branco und seine Regierung haben eine umfassende «Säuberung» des Landes von mehr oder weniger linksstehenden «Elementen» durchgeführt und bisher fast 500 Persönlichkeiten, darunter drei ehemalige Präsidenten (Kubitschek, Quadros und Goulart), fünf Gouverneure von Einzelstaaten und Hunderte von Abgeordneten, Politikern, Diplomaten, Offizieren, Gewerkschaftsführern, Studenten usw. ihrer politischen Rechte beraubt. Damit wird die Präsidentschaftswahl von 1965 — falls sie überhaupt durchgeführt wird

— von vornherein zur Komödie herabgedrückt, während die Lebensmittelteuerung unaufhaltsam steigt und die wirtschaftliche wie die politische Tätigkeit der Gewerkschaften — zum Beispiel durch Streikverbot — nach Möglichkeit gelähmt wird. Ob sich die Arbeiterschaft und das übrige Volk all das gefallen lässt, ist nicht ganz sicher; nach den bisherigen Erfahrungen glauben die Machthaber aber Anlaß zu der Überzeugung zu haben, daß die Herrschaft der besitzenden Klassen und der Armeeführer von «unten» her auf absehbare Zeit nicht ernsthaft bedroht ist. Und ähnlich steht es in anderen lateinamerikanischen Ländern; in Washington glaubt man darum auch hier den Notwendigkeiten der Zeit trotzen und mit Waffengewalt und Wirtschaftsmacht eine gesellschaftliche «Ordnung» erhalten zu können, die für jeden etwas tiefer Blickenden alle Zeichen der inneren Zersetzung und des kommenden äußeren Zusammenbruchs aufweist.

Die «dritte Kraft» erstarkt

Um so wichtiger wird in dieser Lage die Aufgabe der *Vereinten Nationen* und ihrer Organe bei der Hilfe für die *unterentwickelten Länder*. Die Welthandelskonferenz der UNO, die fast ein Vierteljahr lang in Genf tagte, hatte hier eine glänzende Gelegenheit, unabhängig von kapitalistisch-imperialistischen Machtseinflüssen den «rückständigen» Völkern den Weg zum Aufstieg und Fortschritt freizumachen (vgl. unsere Weltrundschau im Aprilheft). Aber wie von vornherein zu befürchten war, hat sie diese Gelegenheit unter dem Druck der industriell und zivilisatorisch hochentwickelten Staaten nur sehr unvollkommen benutzt. In der mühsam zusammengeleimten Schlußerklärung der Konferenz heißt es zwar, die Teilnehmerstaaten seien «entschlossen, alles ins Werk zu setzen, um die Grundlagen zu einer besseren weltweiten Wirtschaftsordnung zu schaffen». Und eine ihrer «Empfehlungen» befaßt sich auch mit der Abrüstung, deren Notwendigkeit ebenso anerkannt wird wie diejenige einer Prüfung von Vorschlägen für den Aufbau einer geordneten Friedenswirtschaft. Aber das greifbare Ergebnis der Konferenz ist dennoch recht mager. Weder über die Preise der Roh- und Grundstoffe der Entwicklungsländer noch über die Zölle auf ihren Industrieerzeugnissen, über die allgemeinen Handelsbeziehungen zwischen fortgeschrittenen und zurückgebliebenen Ländern und über die Geldhilfe an unterentwickelte Nationen konnte eine Einigung erzielt werden; die Gegensätze zwischen den beidseitigen Interessen waren noch viel zu groß. Immerhin wurde vereinbart, daß die Welthandelskonferenz ein zweitesmal im Jahr 1966 zusammentreten und inzwischen ein kleinerer internationaler Handelsrat geschaffen werden solle, der zweimal jährlich zu tagen habe.

Das ist wenig genug; aber hier ist nun doch wenigstens eine Rahmenorganisation in der Bildung begriffen, die für die Zukunft mancherlei Möglichkeiten zugunsten der unterentwickelten Länder

bietet. In den Vereinigten Staaten ist man besonders besorgt darüber, daß sich schon an der heurigen Konferenz die 78 ärmeren Länder zu einem Block zusammengeschlossen haben, der durch alle Wechselfälle hindurch festblieb und sehr wahrscheinlich auch künftig sein Gewicht geltend machen wird. Das kann für die reichen Nationen um so bedenklicher werden, als die neuzuschaffende Welthandelsorganisation der UNO unterstellt sein wird, in deren Generalversammlung die 78 unterentwickelten Länder eine überlegene Mehrheit zu bilden imstande sind. Die Vereinigten Staaten haben in Genf umsonst versucht, die ihnen und den anderen reichen Nationen drohende Gefahr abzuwehren, und müssen nun sehen, wie sie mit dem «Aufstand der Proletariervölker» sonst fertig werden. Das ist für sie darum besonders peinlich, weil auch die lateinamerikanischen Staaten meistens mit dem afrikanisch-asiatischen Block stimmten, obwohl ihre Interessen keineswegs immer mit denen der übrigen unterentwickelten Länder gleichliefen. Schließlich ist auch noch nicht abzusehen, welche Rolle in dem ganzen Drama China spielen wird, das ja der UNO nicht angehört, aber doch zahlreiche Verbindungen zu den «rückständigen» Nationen hat und namentlich den Amerikanern sehr unbequem werden kann. Das westlich-imperialistische Weltsystem ist auf jeden Fall auch von den neuen Einrichtungen für internationale Handel und Entwicklungshilfe her stark bedroht.

Eine etwas eigenartige Stellung nimmt dabei nur die Sowjetunion ein. Sie zählt sich nicht mehr zu den Entwicklungsländern, unterstützt aber — bis zu einem gewissen Grad wenigstens — deren Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus und hat an der Genfer Konferenz dennoch den Antrag abgelehnt, daß die fortgeschrittenen Staaten jährlich mindestens ein Prozent ihres Volkseinkommens einer internationalen Entwicklungshilfe zuführen sollten. Die offizielle Begründung war, daß die sozialistischen Länder nicht für die Sünden des kolonialkapitalistischen Ausbeutertums mithaftbar gemacht werden dürften; tatsächlich war indessen für die Sowjetunion wohl ausschlaggebend die Erwägung, daß sie sich Entwicklungshilfe nur leisten könne, wenn diese sich in den Rahmen ihrer eigenen, frei bestimmten Außenpolitik einfügen lasse und nicht in einen Fonds fließe, auf dessen Verwendung sie nur einen sehr beschränkten Einfluß habe.

Sowjetunion-Ägypten-Israel Eine solche Entwicklungshilfe ist die Sowjetunion auch Ägypten zu gewähren bereit. Aber die Hilfe findet ihre Grenzen an den Vorteilen, die man sich in Moskau von einer ägyptenfreundlichen Politik verspricht — und die sind nicht allzugroß. Die Sowjetunion denkt — wie Horst Andel in den «Blättern für deutsche und internationale Politik» (Juniheft) darlegt — nicht daran, in Ägypten einen neuen «Satelliten» zu gewinnen, der ihr weniger nützen würde als ein unabhängiges und

von Ost und West gleichzeitig unterstütztes Ägypten. Sie ist zufrieden, wenn sie vor dem afrikanischen Erdteil die uneigennützigen Absichten ihrer Afrikapolitik kundtun und damit den chinesischen Bemühungen um die Freundschaft der afrikanischen Entwicklungsländer entgegenwirken kann. Ägypten anderseits und vor allem Präsident Nasser hat sehr hochgesteckte Ziele. Der phantasievolle Diktator am Nil verfolgt mit Zähigkeit seinen Plan, ein großes allarabisches Reich zu schaffen, das sich von Marokko mindestens bis Pakistan erstrecken soll und in Ägypten seinen natürlichen Mittelpunkt hätte. Dazu soll besonders auch die Aufpeitschung der arabischen Feindseligkeit gegen Israel mit helfen.

Allein es ist Nasser in den ersten zwölf Jahren seiner Herrschaft nicht gelungen, das arabische Palästina wiederherzustellen. «Jahrelang war die Existenz Israels», so stellt Andel fest, «der willkommene Katalysator jener arabischen Einheitssehnsucht, die Ägypten einen außenpolitischen Erfolg nach dem andern ermöglichte. Abdel Nasser wußte die Erfolge nicht zu nutzen. Syrien ließ er sich entgleiten . . . Er intervenierte, gegen den Rat seiner engsten Mitkämpfer, im Jemen und stürzte sein Land in eine wirtschaftliche und finanzielle Katastrophe. Er verschärfe systematisch die arabisch-israelischen Spannungen, obwohl er spätestens seit der arabischen Gipfelkonferenz im Januar 1964 einsehen mußte, daß die Palästinafrage nicht mehr die einigende Rolle von einst spielt. Sechzehn Jahre nach der Entstehung Israels sind seine arabischen Nachbarstaaten kriegsmüder als je. Ihre Kairoer Entschlüsse vom Januar konnten die Jordanableitung nicht verhindern. Die ägyptische Bevölkerung, für die keinerlei echte politische oder militärische Interessen in Palästina erkennbar sind, läßt sich durch die Israelfrage nur noch schwer aufpeitschen. Dennoch ist sicher, daß ein Sieg über die Juden Abdel Nasser auch künftig noch die Vorherrschaft über alle Araber einbringen könnte.»

Die Lage wird für Nasser um so bedenklicher, als die Westmächte immer versichern, sie würden Israel gegen jeden Angriff auf sein Leben unbedingt schützen. So setzte er notgedrungen mehr und mehr auf die Sowjetunion und entfernte sich damit entsprechend von jener Politik der Neutralität, die besonders für Amerika die Voraussetzung wirtschaftlicher Hilfe für Ägypten war. Aber in Moskau ist man eben, wie vorhin angedeutet, keineswegs bereit, sich vor Nassers Wagen spannen zu lassen. Das kam deutlich genug zum Ausdruck bei Chruschtschews Besuch in Ägypten, der für Nasser alles in allem eine bittere Enttäuschung war. Der sowjetische Ministerpräsident erklärte zwar, die «*berechtigten*» arabischen Ansprüche in Palästina unterstützen zu wollen, hütete sich aber, Nassers Israelpolitik als Ganzes gutzuheißen und damit Israels Dasein in Frage zu stellen. Rücksichten auf die Koexistenzpolitik wie auf die Millionen von Juden in der Sowjetunion legten ihm offenbar stärkere Zurückhaltung auf, als es den Ägyptern lieb war. So ist denn auch die Wirtschaftshilfe für

Ägypten, die Chruschtschew versprechen konnte, erheblich geringer ausgefallen, als man in Kairo erwartet hatte. Die Sowjetunion will zwar auch den zweiten Bauabschnitt am Assuandamm finanzieren und die Entwicklung von Ägyptens Industrie und Landwirtschaft fördern. Aber sie gewährt Ägypten nur Kredite von 252 Millionen Rubel (etwa 1,2 Milliarden Franken), nicht einmal halb soviel, wie für die Ausführung des ägyptischen Fünfjahresplans nötig wäre, so daß Nasser mehr als je auf amerikanische Hilfe angewiesen ist.

Die militärische Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Ägypten soll immerhin planmäßig fortgesetzt werden — und das ist sicher beunruhigend. Die sowjetischen Waffenlieferungen an Ägypten belaufen sich seit dem Suezkrieg (1956) bereits auf mehr als eine Milliarde Rubel (etwa 4,2 Milliarden Franken). Gegen wen sie gerichtet sind, weiß man; und wenn sich Nasser, der ja auch westdeutsche und andere Fachleute für die Entwicklung seiner Raketen- und Flugwaffen angeworben hat, aus seinen innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten dennoch durch einen Angriff auf Israel herauskommen wollte, so fiele auf die Sowjetunion ein großer Teil der Verantwortung für ein solches Abenteuerum. Chruschtschews Koexistenz- und Abrüstungsbestrebungen sind jedenfalls nicht nur durch die Möglichkeit eines amerikanisch-chinesischen Krieges gefährdet, sondern auch durch seine eigene widerspruchsvolle Ägyptenpolitik, die ironischerweise stark durch die Gegnerschaft zu China bestimmt ist, seinem unvermeidlichen Bundesgenossen in einem von Amerika entfesselten Ostasienkrieg . . .*

Bonn in der Sackgasse Wenden wir uns aber auch noch den uns näherliegenden europäischen Sorgen zu, besonders denjenigen, die um die Entwicklung der Dinge in Westdeutschland kreisen. Die Ausgangslage ist nur zu klar: Die Deutschland- und Europapolitik der Bonner Regierung steckt längst in einer hoffnungslos vermauerten Sackgasse. Und je blinder die westdeutschen Staatskünstler gegen die vor ihnen stehende Mauer (gemeint ist nicht nur diejenige zwischen West- und Ostberlin) anrennen, um so selbstschädiger wird ihr ganzes Treiben. Wie hier schon in

* Wenn das festgestellt ist, muß freilich der im «Aufbau» (Zürich, Nr. 26) erhobene Vorwurf gegen den «Sowjetgewaltigen», der angeblich «alle Nasser-schen und arabischen Aspirationen und Ansprüche hunderprozentig guthieß», zurückgewiesen werden. Das ist unwahr. Aber was verschlägt's — wenn nur wieder einmal gegen den Ministerpräsidenten der Sowjetunion gehetzt und gegen ihn der Präsident der Vereinigten Staaten ausgespielt werden kann, von dessen freundlichen Äußerungen über Israel in grotesk lobhudeiner Art der Verfasser des genannten Aufsatzes sagt: «Was für eine erquickende Sprache! Wo ist der Staatsmann, der mit solcher Selbstverständlichkeit *das Rechte sieht und das Rechte tut!* Das ist beste amerikanische Musik, echte Klassik!» Siehe beispielsweise Johnsons Kriegsgerassel gegen Südostasien . . . !

der Junirundschau gesagt wurde, nimmt ihnen im Ausland kein vernünftiger Mensch ihre Formel ab, daß nur der Anschluß der DDR an die Bundesrepublik und ihre heutige Innen- wie Außenpolitik den Weg zu einer west-östlichen Gesamtentspannung freimachen könne. Jedermann sieht ja, daß ein in *diesem* Sinn wiedervereinigtes Deutschland die schwerste Gefahr für ein friedliches Verhältnis zwischen den Völkern West- und Osteuropas darstellen würde, daß eine gelungene Annexion Ostdeutschlands durch die Bundesrepublik für die bedenkenlosen Gestalter der westdeutschen Politik nur die Vorstufe zu der bekannten «Befreiung Osteuropas bis zum Ural» und zu einem Großdeutschland wäre, wie es schon Hitler und vor ihm Wilhelm II. erträumten. Kein verantwortlicher Staatsführer in Europa und Amerika glaubt daher an die von den Westdeutschen unermüdlich angepriesene «Lösung», nicht de Gaulle (das hat man in Bonn beim jüngsten Besuch des französischen Präsidenten aufs neue zur Kenntnis nehmen müssen), erst recht nicht Sir Alec Douglas-Home oder gar sein mutmaßlicher Nachfolger Harold Wilson, aber auch nicht Lyndon Johnson, der gewiß mit dem Ziel einer Sprengung des Ostblocks ganz einverstanden ist, aber andere Wege gehen will, als die ungeduldig vorwärtsdrängenden westdeutschen Aktivisten ihm nahelegen. Und daß man namentlich in Moskau völlig taube Ohren für die Bonner Zauberformel hat, hat der Freundschafts- und Beistandsvertrag zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. Juni ein neues Mal klar erwiesen. Alle von Bonn ausgehenden Versuche, diesem Vertrag jede ernstere Bedeutung abzusprechen, täuschen nicht über die harte Tatsache hinweg, daß auf alle absehbare Zeit keine Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten möglich ist ohne unmittelbare Verhandlungen zwischen diesen zwei Staaten selbst.

Statt nun aber aus dieser Tatsache die gegebene Folgerung zu ziehen — Einleitung eines förmlichen gesamtdeutschen Gesprächs zwischen Bonn und Ostberlin —, versteift man sich in Bonn eher noch mehr auf den bisherigen unhaltbaren «Standpunkt» (in der Sackgasse nämlich). Man läßt die westlichen Verbündeten eine neue Deutschenlanderklärung herausgeben, die den Bonner Juristen den Gefallen tut, ihre Auffassung von der Rechtslage in Berlin und gegenüber der DDR überhaupt «grundätzlich» anzuerkennen, aber doch keinen Zweifel an der Unwilligkeit der anderen NATO-Mächte läßt, sich vor den Wagen der großenwahnsinnigen westdeutschen Politiker spannen zu lassen. Gleichzeitig nimmt die nationalistisch-militaristische Bewegung innerhalb der bundesrepublikanischen Bevölkerung selber auf bedenkliche Art zu. «Es handelt sich», so liest man aus der Feder von A. von Borries in den «Blättern für deutsche und internationale Politik» (Juniheft), «um nichts anderes als die systematische psychologische und ideologische Mobilisierung und die planmäßige politische Organisierung eines pseudo-, nationalen' deutschen Widerstandes gegen die Entspannungspolitik der Westmächte — angeblich zum Schutze der eben-

falls angeblich von dieser Entspannungspolitik ‚bedrohten‘ deutschen Lebensinteressen . . . Vergeblich wird man nach einem klaren außenpolitischen Programm der ‚Harten‘ suchen . . . Die Tatsache, daß die Opposition gegen die Entspannungspolitik über keine eigene sinnvolle Konzeption verfügt, darf aber nicht zu einer Unterschätzung ihrer Gefährlichkeit führen. Gerade weil sie wirklicher Argumente und Alternativen ermangelt, tritt sie lautstark und suggestiv auf. Entscheidend ist, daß sich hier zum erstenmal in der Geschichte der Bundesrepublik eine große ausgesprochene *Rechtskoalition* bildet. Die Unbelehrbaren von vorgestern, gestern und heute finden sich in ihr zusammen. Diese neue ‚nationale‘ Rechte reicht bereits vom ‚Bild‘ bis zur ‚Nationalzeitung‘, von Strauß/Guttenberg bis zu waschechten Altnazis, die jetzt Morgenluft wittern.»

Die neue deutsche «Unschuldslüge», die das Dritte Reich von der Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg freisprechen will und sich besonders auch an ein Buch des amerikanischen Professors Hoggan klammert (der dafür durch zwei westdeutsche Geldpreise belohnt worden ist), gehört in den gleichen Zusammenhang. Soll man schließlich auch die ausgerechnet in Westberlin erfolgte Wiederwahl Herrn Lübkes zum Präsidenten der Bundesrepublik als Zeichen einer verhärteten westdeutschen Trotzpolitik gegenüber dem Osten auffassen? Sie ist auf jeden Fall insofern bemerkenswert, als sie den Wunsch der auch hier brüderlich vereinten Christlichdemokraten und Sozialdemokraten erkennen läßt, eine Persönlichkeit an der Spitze des Bonner Staateswesens zu haben, die bei aller Farblosigkeit und fast rührenden Einfalt immerhin «national» genug ist, um weder den Plänen der Gruppe Strauß Schwierigkeiten zu machen noch der um etliche Grade «weicheren» Ostpolitik der Erhard, Schröder und Wehner.

Der Ausweg Wenn die neue westdeutsche Rechte so wenig ein klares Programm für die Durchsetzung ihrer Ostpolitik hat wie die Bonner Regierung selber, so hat sie anscheinend doch eines: die Hoffnung auf eine Wende in der hier maßgebenden *amerikanischen Außenpolitik*, eine Wende, die dem ganzen «Entspannungszauber» ein Ende machen und irgendwie Westdeutschland seinem großen Ziel näherbringen werde. Die Hoffnungen knüpfen sich dabei wohl besonders an die Möglichkeit, daß die um Senator Goldwater gruppierten Scharfmacher und Draufgänger in den Vereinigten Staaten auch bei einem (wohl als sicher anzunehmenden) Wahlsieg der Partei Johnsons wesentlichen Einfluß auf die amtliche Politik Washingtons erlangen werden. Wie Peter Altmann in der «Anderen Zeitung» (Hamburg, 2. Juli) schreibt:

«Das Bild der Ohnmacht, Ratlosigkeit und Untätigkeit der augenblicklichen Politik in Bonn läßt tatsächlich kaum einen anderen Schluß übrig als den, daß man wartet — wartet auf Goldwater; daß man sich

an den Strohhalm der Hoffnung klammert, mit seinem Einzug ins Weiße Haus die Entspannungspolitik torpediert zu sehen. Daß man ‚wartet auf Goldwater‘ vor allem aber im weiteren Sinne: auf ein Ereignis, eine Entwicklung, die störend hineinfahren könnte in das Entspannungsverhältnis zwischen West und Ost. Kein Zweifel wohl, daß mancher Mann in Bonn und in den Redaktionszimmern einiger Zeitungen entsprechende Hoffnungen setzt auf die zugespitzte Situation in Südostasien. Daß man in Bonn wartet — auf Goldwater, auf eine außenpolitische Zuspitzung, oder einfach auf irgendein böses Wunder — bezeichnet die gegenwärtige Bonner Politik und den zum Nullpunkt zusammengeschrumpften ‚Spielraum‘ für Bonns bisherige Politik.»

Wenn man die von uns immer wieder aufgezeigten Gefahren bedenkt, die in der amerikanischen Weltpolitik liegen, so erscheinen die westdeutschen Hoffnungen auf Zertrümmerung der ganzen west-östlichen Entspannungspolitik keineswegs so phantastisch, wie man gern annehmen möchte. Dennoch wollen wir auch die Kräfte nicht gering achten, die in Westdeutschland selbst und anderswo auf eine Umkehr aus der Sackgasse der Adenauer-Erhard-Politik hinarbeiten. Man darf zu ihnen auch den Bundestagsabgeordneten der Freien Demokratischen Partei Dr. Oswald Kohut zählen, der in der Bonner Volksvertretung von einer «sogenannten Bundesrepublik Deutschland» sprach und damit helle Aufregung bei den Herren und Damen hervorrief, die immer nur von einer «sogenannten DDR» reden. In einer Ansprache vor einer Jugendvereinigung wiederholte und begründete er seine Auffassung von dem nur recht vorläufigen Charakter des Bonner Staates und von der Notwendigkeit, mit dem anderen deutschen Staat regelrecht zu verhandeln. «Ob sich die Bundesregierung», so meinte er, «als ‚legitimer Sprecher für das ganze Deutschland‘ bezeichnen kann, ist auch angesichts der Tatsache, daß die Regierung der DDR nicht aus freien Wahlen hervorgegangen ist, eine einseitige und leider nutzlose Behauptung . . . Am 23. Mai 1949 — vor 15 Jahren — wurde die Bundesrepublik durch Zusammenschluß der drei Westzonen gegründet. Mit dieser Gründung trennten die Westdeutschen ihre politische Existenz von den in der vierten, östlichen Besatzungszone lebenden Deutschen. Sie überließen es dem Kommunismus, wobei sie den Anordnungen der Westmächte folgten, und wundern sich heute, daß aus dem verratenen Teil Deutschlands ein Staatsgebilde erwächst . . .

Der Rechtsanspruch der Bundesrepublik Deutschland, für das ganze deutsche Volk zu sprechen, steht nur auf dem Papier, wie jeder weiß, der Augen und Ohren hat . . . Ein Land, das 1945 bedingungslos kapitulierte hat, sollte vor allen Dingen auf Prestige-Grundsätze verzichten. Man sollte verhandeln, auch über die Konföderation. Oder fürchten sich 50 Millionen Deutsche vor 17 Millionen anderer Deutscher, von denen gewiß nur ein Teil Kommunisten sind? Ist Konföde-

ration ein Risiko, wenn die Besatzungsmächte aus beiden Teilen abgezogen sind? . . . Die Bundesregierung führt schon Verhandlungen durch untere Organe mit entsprechenden Stellen der DDR auf den verschiedensten Gebieten. Darum dürften offene direkte Gespräche der Spitzen beider Teilstaaten bei Unterrichtung der Großmächte über den Verlauf keine Schande sein. Aber jede Verschleppung der Wiedervereinigung, fast 20 Jahre nach Kriegsende, ist eine Schande, auch für die Großmächte, die die Spaltung herbeigeführt haben, und die sich in dieser Sache wohl kaum erfolgreicher bemühen werden als in anderen Problemen einst der Genfer Völkerbund oder andere überstaatliche Organisationen. Wir Deutsche müssen die Brücke schlagen. Das ist keine Illusion, sondern eine Frage des Willens. Nicht länger warten, sondern handeln!»

Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer, gewiß. Herr Kohut ist zwar kein Einzelgänger, auch nicht in seiner eigenen Partei, aber er spricht nur für eine kleine Minderheit in Westdeutschland. Und man kann sich schwer vorstellen, daß diese Minderheit auf dem normalen «demokratischen» Weg, durch erfolgreiche Werbung und einen Erdutsch bei den nächsten Bundestagswahlen, zur Mehrheit werden könne. Der Anstoß zu einem solchen Umschwung muß auf andere Art, woandersher kommen — wie und woher, das ist heute noch verborgen. Aber daß dann auch in Westdeutschland gesunde Kräfte aufbrechen und vernünftige Erkenntnisse sich durchsetzen werden, die jetzt erst in den unteren Bewußtseinsschichten der Bevölkerung heranwachsen, das zu erwarten ist, wie ich glaube, keine Selbsttäuschung, kein bloßer Wunschtraum. Und vielleicht kommt die große Wende — nicht nur in Westdeutschland, sondern im Weltmaßstab — noch eher, als wir heute anzunehmen berechtigt sind. Unser Menschenverstand ist so kurz und unser politisches Sehvermögen so schwach, daß wir uns nur zu gern von notwendenden Durchbrüchen überraschen lassen, die der Herr der Geschichte, für uns noch unsichtbar, schon längst vorbereitet.

9. Juli

Hugo Kramer

Nachtrag

Nun ist der Senator Goldwater aus Arizona vom Parteitag der amerikanischen Republikaner tatsächlich als *Kandidat für die Präsidentschaftswahl* vom kommenden November aufgestellt worden — und mit welch erdrückender Mehrheit gleich im ersten Wahlgang! Was für Folgen das im einzelnen haben wird, dürfte sich erst im Laufe des Wahlfeldzuges selber herausstellen. Schon heute kann aber gesagt werden, daß der Einbruch eines Demagogentyps wie Goldwater in den unmittelbaren Vordergrund der amerikanischen Politik nichts Gutes bedeutet. Goldwater hat zwar schon ziemlich viel Wasser in

seinen Wein geschüttet und seine wildesten Drohungen und Herausforderungen merklich abgeschwächt — nicht aus Überzeugung natürlich, sondern nur um sich der öffentlichen Meinung, besonders in den Oststaaten der Union, etwas besser anzupassen, und er wird zweifellos bis zum Wahltag noch weitere Zugeständnisse an den gesunden Menschenverstand machen. Aber was von seinem «Regierungsprogramm» noch übrig bleibt, ist dennoch abenteuerlich genug, um diesen Mann als einen völlig verantwortungslosen Stimmenfänger und Gewaltpolitiker zu kennzeichnen. In der Innen und Wirtschaftspolitik predigt er — inmitten einer niegesehenen Kapitalballung und Monopolbildung — das Evangelium des freien Wettbewerbs und der Heiligkeit des Privateigentums; in der Weltpolitik kehrt er sich gegen jede wirkliche Entspannung und Abrüstung und droht (in einem Gespräch mit einem Vertreter der Wochenschrift «Life»): «Ich würde eine Atom bombe von geringem Wirkungsgrad auf die chinesischen Nachschublinien in Nordvietnam fallen lassen oder vielleicht auch sie durch die Siebente Flotte beschließen lassen... Eines Tages, davon bin ich überzeugt, wird es entweder Krieg geben, oder wir werden ohne Krieg — ohne wirklichen Atomkrieg — unterjocht werden.»

Dieser Druck auf die Regierung Johnson hat gerade noch gefehlt, um die Militärführer vollends obenauf zu bringen und sie den allgemeinen Krieg in Südostasien entfesseln zu lassen! Darf man wirklich hoffen, daß die Sowjetunion sich in diesem Fall hinter Nordvietnam und China stellen wird, um diesmal — umgekehrt wie in der Kubakrise — Washington zum Rückzug zu zwingen?

Was aus dem sog. «Krieg gegen die Armut» in den Vereinigten Staaten und aus dem Gesetz über die Bürgerrechte der Neger werden wird, wenn Goldwater seine Anhänger mobilisiert, bleibt abzuwarten. Auf jeden Fall hat die amerikanische «Demokratie» mit dem Triumph Goldwaters innerhalb der Republikanischen Partei, auch wenn er (wie sehr wahrscheinlich ist) keine Fortsetzung und Steigerung bei der Präsidentenwahl selber findet, wieder einmal ihr wahres Gesicht ent hüllt.

H. K. (19. Juli)



5000 Universitätsprofessoren appellieren für ein neutrales Vietnam

«Wir, 5000 amerikanische College- und Universitätsprofessoren, fordern ein neutralisiertes Vietnam. Dadurch würde dem Terror und Leiden in jenem kriegsverwüsteten Land ein Ende gesetzt. Dann hörte auch der ständige Verlust amerikanischen und vietnamesischen Lebens auf. Eine Neutralisierung wäre einem noch stärkeren Engagement oder einem unüberlegten Rückzug vorzuziehen. Wir appellieren daher an Sie, Herr Präsident, den Krieg nicht auszuweiten, sondern auf ein neutralisiertes Nord- wie Südvietnam hin zu arbeiten, die entweder als getrennte, verbündete oder wiedervereinigte Staaten durch internationale Garantien und den Frieden sichernde Truppen gegen jede Einmischung von außen geschützt wären.

I. F. Stone's Weekly, 13. Juli 1964